

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Joachim Kuhn.
Gesamt-Druck: 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeindevorstandes Gröbba.

Postfach: Leipzig 8100.
Stadtplatz Riesa Nr. 22.

Nr. 94.

Sonnabend, 23. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung an Postämtern monatlich 1.10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Inhalt, Richtigkeit, Nachweilung und Verantwortlichkeit für die Druckkosten des Bestellers. Die Redaktion ist für die Druckkosten des Bestellers nicht verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Postämter oder der Fernsprecheinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Derzeitiger Redakteur: Hans-Joachim Kuhn, Riesa, Stadtplatz 22. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa, für Anzeigentel: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Verkehr mit Riegenmilch betr.

Der Gesundheits- und Bezirksausschuss hat in seiner Sitzung vom 14. 4. 1921 die Beschlüsse für Riegenmilch und -Röste wie folgt neu festgelegt:

1. Bei Abgabe von Riegenmilch durch den Riegenhalter an den Verbraucher M. 1.90, durch den Händler M. 2.20 für das Liter.
2. Bei Abgabe von Riegenkäse durch den Riegenhalter M. 11.40, durch den Händler M. 12.— für das Pfund.

Diese Preise treten sofort in Kraft. Jederhandlungen gegen diese Bestimmungen werden gemäß §§ 13, 16 der Verordnung der Verwaltung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 (R. G. Bl. S. 100) abgeurteilt.

Die durch Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 3. Mai 1920 — 333 IV — veröffentlichten Preise werden hiermit außer Kraft gesetzt.

Im übrigen wird auf den Inhalt der Bekanntmachung — 333 IV — vom 3. Mai 1921 — abgedruckt im Großenhainer Tageblatt vom 8. 5. 20, im Riesaer Tageblatt vom 8. 5. 20, im Haderburger Anzeiger vom 8. 5. 20 verwiesen.

Großenhain, am 20. April 1921.
223 L IV.
Der Kommunalverband.

Die diesjährige Hauptprüfung der Bullen wird in der Zeit von Anfang Mai bis Ende Juli vorgenommen werden.

Die Anmeldung der Bullen zur Prüfung ist bis zum 7. Mai 1921 bei dem Gemeindevorstande zu bewirken; dies hat auch hinsichtlich der bereits vorgeführten und der innerhalb des Bezirkes gehaltenen Bullen zu geschehen.

Die zur Prüfung vorzuführenden Bullen müssen mit Kalenring versehen sein (zu veral. auch Unfallversicherungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsvereine unter B II 6). Alle Bullen, welche beim Kalenring keine vorchriftsmäßigen Kalenring tragen, werden zurückgewiesen, wobei auch auf die Strafbestimmungen unter D des 1. Nachtrags zu den Unfallversicherungsvorschriften der genannten Berufsvereine hingewiesen wird.

Die Kalenringe werden den Gemeindevorständen durch den Bezirksleiter unmittelbar

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 28. April 1921.

— Koncert Juanita Brodmann — Anna Marie Lang — Prof. Paul Umlauf. Der Saal der Mitternachts war am gestrigen Abend dicht gefüllt, galt es doch, den von Ihren Schülerinnen und Schülern geleiteten Musikpädagoginnen Juanita Brodmann (Violine) und Annamaria Lang (Gesang) Gesänge und Reigen der Vertikalisierung und Fremdenheit zum Ausdruck zu bringen. Die seit Jahren in der Kunstwelt rühmlich bekannte Violinistin schloß namentlich gegen Ende der Vortragsfolge aus dem Violon. Zu Dank verpflichtet ist die Subscriberschaft mit dem nicht oft gespielten Violon-Konzert Op. 44 von Bruch. In der kompositiv allerdings nicht sehr wertvollen Caprice von Gurland entzückte sie durch hervorragende Technik, für die sie in der kurzen Flageolet-Melodie, im doppelstimmigen Spiel, Springbogen, im Falsetto, im Arpeggiertwerk, in wunderbaren Cantilene Beweise in Fülle erbrachte. — Die Sängerin gab mit Liedern von Schubert, Schumann, Brahms, Umlauf und Wagner wieder belläufig aufgenommene Proben ihrer an dieser Stelle schon mehrfach gewürdigten Kunst. Schumann's „Sandmännchen“ und „Marienwürmchen“ gaben ihr Gelegenheit, auch hinsichtlich des Vortrags und der Ausdrucksbehandlung des gelungenen Wortes vorbildlich zu sein. Professor Paul Umlauf, der am meisten beschäftigte Künstler des Abends, konzertierte als sein empfindender Begleiter ganz prächtig mit. Er rekonstruierte Brahms' so vortrefflich, daß der Musiker allein an diesen Begleitungen seine Freude haben mußte. Der Beifall war fast, und nach jeder Nummer der Vortragsfolge wurden den Künstlerinnen Blumensträußen überreicht, während Prof. Paul Umlauf den Dank der Subscriberschaft dadurch entgegennehmen konnte, daß nach seinen von ihm komponierten Liedern das Verlangen nach Wiederholung zum Ausdruck kam.

— Einige Tanzabende der Prima-Ballerina und ersten Solotänzerin der sächs. Staatsoper Dresden, Lina Gerger, morgen Sonntag 7/8 Uhr in der Eldstrasse. Mit Spannung dürfte dem Ballett dieser hervorragenden Künstlerin entgegengeesehen werden. Herr Baron Carlo v. d. Ropp wird bei dieser Gelegenheit wiederum mit seiner meisterhaften Chorleitung erfreuen. Musikalische Leitung liegt in bewährten Händen des bekannten Pianisten Herbert Höger.

— Rieber-Musik-Verein Riesa-Gröbba. Ein letzter Versuch wird am 4. Mai im Stern-Saal vom Rieber-Musik-Verein Riesa-Gröbba gehalten. Das Rieber-Orchester des Vereins ist auf über 60 Personen vergrößert und werden bei dem Mai-Konzert 41 Bläser, 10 Streichinstrumente, 11 Mandolinen, Flügel- und Harmonium vier Chöre bestehend aus Komponisten zur Ausführung bringen. Außerdem sind Halbesor-Werte, ein Duett und Soli vorgesehen. Der sehr freudige Verein hat diesmal den Virtuosen und Komponisten Alfred Schuler aus Leipzig unter sehr erheblichen Kosten als Solist für den Abend gewonnen. Der Dirigent des Vereins, Herr R. G. Kraus, wird ein Duett spielen. Anlässlich eines Konzertes bei der Herzogin-Wilhelmine von Anhalt in Ballenstedt schrieb das dortige Kreisblatt folgendes: „Das Spiel des Herrn Kraus dringt wahrhaft zu Herzen und man kann ihm nicht genug ablauschen von seinem Weis und Freud, was er so mühelos zum Ausdruck bringt. Das kostbare Instrument besitzig sich glücklicherweise, wenn er sich nicht jemand entgegen kann.“ Die bisher erworbenen Tänzer und das musterhafte Verhalten des Vereins sind die beste Empfehlung für das kommende Konzert. Da die neue Zeit auch auf musikalischem Gebiet ihre Spuren zeigt, wird mancher, der sich selber ein Klavier kaufen konnte, zu einem missergebnigen Instrument gezwungen werden, und nur ein solches Konzert noch nicht gehört hat, der überzeuge sich, was auf einer Konzertreise gelehrt werden kann. — Offizieller und Willkommener-Gesellschaft. Am 14. April hielt in den Sälen des sächsischen Militär-Orchesters in Dresden der 2. Sächsischen Landes-

rat Professor Dr. Gebhardt vor den zahlreich erschienenen Vertretern der sächsischen Offiziersvereinigungen auf Einladung des Präsidiums einen Vortrag über Wesen, Zweck, Aufgaben und Ziele der Militärvereine im Allgemeinen, sowie über die Einrichtungen des sächsischen Bundes im Besonderen. Weitere Ausführungen gab Präsidiumsmitglied Oberregierungssekretär Paul. Eine anschließende Aussprache betonte das lebhafteste Interesse der Hörer an den Ausführungen.

— Staatshochschule für Musik. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt über den vom Gesamtkomitee in der Sitzung vom 22. April 1921 gefassten Beschlüsse, betreffend die Gründung einer Staatshochschule für Musik und rebende Rünke in Dresden, folgenden mit: Das Gesamtkomitee stimmt dem Plane der Errichtung einer Staatshochschule für Musik und rebende Rünke in Dresden im Prinzip zu, ist aber infolge der Finanzlage des Landes außer Stande, neben der Uebernahme der entsprechenden Räume im Taschenbergpalais einen Beitrag aus Staatsmitteln zu gewähren. Falls auf dieser Grundlage unter Heranziehung der vom Rate der Stadt Dresden und von privaten Seiten in Aussicht gestellten Zuschüsse der Plan verwirklicht werden kann, soll die Hochschule als Staatshochschule vom Staate geführt und insbesondere durch staatliche Prüfungen und staatliche Verwaltung als Staatshochschule gekennzeichnet werden.

— Die Schmäher der „Leipziger Volkszeitung“. Unter dieser Ueberschrift schreiben die „Leipz. V. Ztg.“: In einem kritischen Bericht über die Sitzung des sächsischen Landtages, die die gemeinsame Waise der bürgerlichen Parteien in die sozialistische Klassengrenze brachte, schenkt sich die „Leipziger Volkszeitung“ nicht, folgende Sätze mitzuteilen: „Das Besondere dabei ist aber, daß sich in diesem Streich Herr Dr. Seifert geäußert hat, der Herr Seifert, der als demokratischer Kulturminister eine unangenehm lächerliche Rolle spielte und von seinen jetzigen deutschnationalen Freunden in der Wahlbewegung nach Etzsch und Jaden abgelehrt wurde, und der sich mit einer jährlichen Pension von 48000 Mark auf Kosten der Steuerzahler von den Strapazen seiner Ministerpflicht auskuriert.“ Die große Erbärmlichkeit dieser Kampfwaise wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß binnen kurzem auch einer der sozialistischen Minister, nämlich Herr Schwarz, auf Kosten der Steuerzahler 48000 Mark Pension einrichtete und sollte es das Verhängnis wollen, daß der Vizepräsident Dvinskij so lange aus seinem Ministerposten leben bliebe, daß er die Pensionenfähigkeit erreicht, dann würde er sicher auch nicht so zimperlich sein und darauf verzichten, „auf Kosten der Steuerzahler sich von den Strapazen seiner Ministerpflicht zu erholen.“ Wer im Glashaus ist... In einem anderen Artikel der „Leipz. V. Ztg.“, betitelt: „Die sächsische Regierungskrise in Sachsen“ heißt es: Durch den Eintritt des mehrheitssozialistischen Fellisch, der in Wirklichkeit den Unabhängigen viel nähersteht, erhält das Kabinett zweifellos eine weitere Vindikation, die den Mehrheitssozialisten besonders gefährlich insofern werden dürfte, als der beurlaubte Dr. Larnisch künftig in den Kabinettsitzungen fehlen wird, so daß bei den Entscheidungen drei vollwertige unabhängige gegen 2/3 mehrheitssozialistische Minister stehen. In unabhängigen Kreisen spricht man schon offen von baldigen Resignationen. Sollte es den Herren selbst ungemächlich an der Übernahme ihrer Ämter werden?

— „Höllische“ Komik nicht nach Sachsen. Der „Raubhauptmann“ Max Löb, der sich gegenwärtig im Radebiter Untersuchungsgefängnis zu Berlin befindet, um wegen verschiedener Verbrechen, u. a. wegen Anstiftung zum Diebstahl von Geld, abgeurteilt zu werden, wird von fünf deutschen Staatsanwaltschaftsbehörden wegen einer ganzen Reihe anderer und ähnlicher Verbrechen verfolgt. Die Staatsanwaltschaften zu Brauns- und Dresden nehmen den Verbrecher wegen räuberischer Erpressungen an Wohnern des Vogellandes, wegen Anstiftung zur Brandlegung, Einbruchdiebstahl, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Mord etc. in Anspruch. Es besteht nun der

dar mitgeteilt werden, ebenso ergeben von Lehterem die weiteren Anordnungen wegen Übernahme der in den einzelnen Gemeinden beabsichtigten Sammelfürungen. Großenhain, am 21. April 1921.

Kriegerwitwen!

Kriegsbeschädigte!

Dienstag, den 26. April d. J.

gelangt ein Bogen Wäsche, Kleidungsstücke und Schuhwerk beim unterzeichneten Amt zum Verkauf.

Kleinstmögliche Kauf vorzulegen.

Großenhain, am 22. April 1921.

Bezirksamt für Kriegerversorgung.

Rechtsanwalt Richter als Vorstehender.

Kohlenabgabe.

Die Kohlenartenabgabe auf die Monate Februar und März werden nur noch in diesem Monat von den Kohlenhändlern geliefert. Eine Belieferung des Aprilabchnittes wird nicht mehr möglich sein. Mit Ausgabe der neuen Karten Anfang Mai verfallen die bisherigen Kohlenarten. Der Rat der Stadt Riesa, am 23. April 1921.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa

mit Sacharbeitsnachweis für das Wollergewerbe

Wohnstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Es werden gesucht: 1 Fernsprech-Mechaniker, 1 Anterwilder, 1 älterer Schmelz für Aufschlag und Aufschlagwagen, 1 älterer Bauhölzer, 3 Horizontalgatterschneider, mehrere Maurer, mehrere Maler, 2 perfekte Stenotypistinnen, 1 Kontoristin aus der Holzbranche, 1 Blätterin, 1 lernende Krankenpflegerin, 1 Outmacher, 1 Strobbuttmalchinenführerin, mehrere Dien- und Hausmädchen, Haus- und Küchenmädchen, 1 Bäckerlehrling, 1 Schmelzlehrling, 1 Wärmerlehrling, 2 Rechnerlehrlinge.

Plan, sämtliche dem Löb zur Last gelegten Verbrechen vor einem Gerichtshof zu verhandeln, und zwischen den verhandelnden Staatsanwaltschaftsbehörden ist erwogen worden, Löb im Berliner Untersuchungsgefängnis zu belassen und sämtliche ihm zur Last gelegte Straftaten vor dem Berliner Sondergericht zu verhandeln. Die Akten über die im Vogellande von Löb begangenen Verbrechen sind geschlossen und sämtliche Sachen sind spruchreif. Die aus zuverlässiger Quelle verkauften, hat sich die Staatsanwaltschaft zu Berlin mit dem Vorschlag der übrigen Staatsanwaltschaften, Löb in Berlin zu belassen und dort sämtliche gegen ihn schwebende Strafsachen zu einer Sache zu vereinen, einverstanden erklärt, jedoch der Wunsch seiner Anhänger, Löb möchte auf den Transporten Gelegenheit zur Flucht finden, nicht in Erfüllung gehen dürfte. Zu den in Berlin zur Verhandlung kommenden sächsischen Verbrechen kommen wegen nicht in Frage, da diese bereits von den Staatsanwaltschaften zu Dresden und Brauns verhandelt worden sind. Als erste der gegen Löb zur Verhandlung kommenden Strafsachen sind die Vorgänge in Falkenstein und Brauns in Aussicht genommen.

— Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose. Gestern mittag fand in Dresden im Gegenwart der Staats- und sächsischen Behörden sowie zahlreicher Ehren Gäste die Eröffnung der vom Deutschen Hygiene-Museum in Dresden veranstalteten Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose statt, wobei Oberbürgermeister Müller als Vorsitzender des Deutschen Hygiene-Museums die Begrüßungssprache hielt. Ministerpräsident Bud sprach den Ausstellern den Dank für das Zustandekommen derselben aus und gab der Forderung Ausdruck, daß die Ausstellung von segensreichen Folgen begleitet sein möge. Weitere Ansprachen hielten Johann Sebestian Bamm, Präsident des Reichsgesundheitsamtes und Minister Dvinskij. Beim Rundgang durch die Ausstellung übernahm Regierungsrat Dr. med. Wollke die Führung und gab hierbei von den Anwesenden mit Dank und Beifall aufgenommenen Erläuterungen.

— Zur Konferenz der Ernährungsminister. Den sächsischen Vertretern auf der Konferenz der Deutschen Ernährungsminister, die am vergangenen Montag in Bremen getagt hat, ist es trotz entschiedener Fortstellungen nicht gelungen, den Standpunkt der sächsischen Regierung durchzusetzen, daß für eine Aufhebung der Zwangsbevorrathung von Milch und Butter der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei. Lediglich zwei Staaten haben sich diesem Standpunkt angeschlossen, alle übrigen sprachen sich für die in einigen Wochen vorzunehmende Aufhebung der Zwangsbevorrathung aus. Den einzelnen Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, für eine gewisse Uebergangszeit besond. Bewirtschaftungsbestimmungen zu erlassen, besonders um den Rückwärt nach den Verbrauchszentren regeln zu können. Dabei dürfen jedoch die bestehenden Lieferungsbeziehungen zwischen den Ländern nicht gestört werden. Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit den Bestimmungen über den Fremdenverkehr, deren völliger Fortfall für das laufende Jahr zu erwarten ist; weiter mit den noch geltenden Beschränkungen des Verkehrs mit Fleisch. In diesem Punkte wird voraussichtlich der Schlichtungsweg sowie der Genehmigungsanspruch für den Handel mit Fleisch aufgehoben werden; dagegen dürfte der Genehmigungsanspruch für den Verkauf von Fleisch im Kleinhandel noch aufrechterhalten werden. Eine wesentliche Neuerung für die Konferenz selbst wurde infolge des Beschlusses, als man sich künftig angeht des Abbaues der Zwangswirtschaft weniger mit den Fragen der öffentlichen Bewirtschaftung als mit der Debung der landwirtschaftlichen Erzeugung beschäftigen wird. Die nächste Konferenz, die in Stuttgart stattfinden wird, soll darin infolge vorangehen, als auf ihrer Tagesordnung die Düngefrage stehen wird.

— Gang der Arbeiter bei Betriebsstilllegungen. Das sächsische Arbeitsministerium hat beim Reichsarbeitsministerium beantragt, die Verordnung über Betriebsstilllegungen und Entlassungen vom 8. November 1920 von Grund aus umzuändern. Insbesondere soll diese Verordnung künftig sozialistisch und den Arbeiter zu Gun-

Der Bescheidungsbericht vom 20. April.

Die am Donnerstag abend veröffentlichte Note der Reichsregierung an Präsident Harding ist ein Bescheidungsbericht allerersten Ranges und darf nicht anders als ein solcher gewertet werden. Das Eingangsliche dieses Berichtes wird schon durch die äußeren Umstände gekennzeichnet. Die Situation ist folgende: Eine Macht bietet das Oberhaupt einer feindlichen Macht um eine Intervention bei nichtlichen Mächten. Ein Berliner Blatt war bereits am Donnerstag früh in der Lage, über Konferenzen deutscher Staatsmänner mit dem amerikanischen Vertreter in Berlin und über wichtige diplomatische Ereignisse zu berichten, die in der Nacht zum Donnerstag nach Washington abgegangen sind. Der amerikanische Botschafter in Berlin hat die Reichsregierung die Note veröffentlicht, als Beweismittel darüber besessen, daß sein geschäftstätiger Reporter einen längeren Weg zur Übermittlung der Note nach Washington finden würde. Herr Harding hat also Deutschland Schicksal in den Händen — vorausgesetzt, daß seine Bundesgenossen ihm die Ausübung des Schiedsrichtersamtes zugehen. Wer selbst wenn Harding es ablehnt, unser Schicksal zu bestimmen, ist die Note vom 20. April ein entscheidender Schritt in der Lösung der Frage. Das Vorgehen der Reichsregierung ist eine da banale Politik, die ihre Berechtigung von der Nähe des kritischen 1. Mai herleitet. Hat gleichgültig mit der deutschen Note wird ein Auszug aus der amerikanischen Antwort veröffentlicht. Die Antwort ist kein Ja und kein Nein. Zweifellos hatte sich Dr. Simons vorher vergewissert, daß kein glattes Nein aus Washington erfolgen werde. Was die amerikanische Antwort als Bedingung für jeden positiven Schritt fordert, ist die Befreiung von Unterlegen seitens der deutschen Regierung. Auch dann will Amerika nur direkte Verhandlungen vermitteln. Wenn es also der Reichsregierung gelingt, innerhalb der nächsten Woche positive Grundlagen über die Lösung der Reparationsfrage nach Washington zu geben, wenn Herr Harding diese Grundlagen für ausreichend hält und wenn es ihm gelingt, die europäischen Verbündeten für Verhandlungen auf solcher Grundlage zu gewinnen — dann besteht Aussicht, daß der Vormarsch an Rhein um kurze Zeit hinausgeschoben wird. Das wird sehr wenig, fast nichts ist, liegt klar zutage.

Die Forderungen, welche der Schritt Deutschlands in Frankreich und England auslösen wird, werden zeigen, ob die in Deutschland viel gehörte Behauptung zutrifft, daß Frankreich und England im Stillen eine Vermittlung einer weniger stark betingelten Macht wünschen. Friendschaftliche Beziehungen sind aber nicht gerade ein Belag dafür, daß die deutsche Besatz zutrifft. Ein Bedenken, das gegen den deutschen Schritt vom 20. April geltend gemacht worden ist, trifft ebenfalls nicht zu: daß die Annahme Harding im Widerspruch zu Art. 238 des Versailler Vertrages liege, der die Befreiung der von Deutschland zu zahlenden Schuldsomme der Reparationskommission überträgt. Die Sanktionen vom 7. März stellen vielmehr eine vertragswidrige Behandlung der Reparationsfrage dar und zwingen uns geradezu, jedes Mittel zu versuchen, die Reparationsfrage vernünftigmäßig zu lösen. Eine Frage für sich ist es aber, ob der Appell an Harding für das verlinkende Deutschland nur ein Strohhalm, oder ob er eine rettende Planke ist. Die deutsche Öffentlichkeit, welche die Note vom 20. April mit heilem Entzücken und sehr gemischten Gefühlen aufgenommen hat, ist sich darüber klar, daß der Versuch — schlimmstenfalls — nur noch wenig Schaden kann. Gibt Briand daran sein, keine Vermittlung in der Reparationsfrage anzunehmen, so wird er in dem deutschen Angebot an Harding vielleicht eine persönliche Kränkung erblicken. Es ist aber nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht mehr daran zu zweifeln, daß nichts — ja nicht einmal die nachträgliche Annahme der Pariser Vorschläge — Deutschland vor dem Schicksal bewahrt hätte, das Briand, Loucheur und Foch ihm bereiten wollen. Ueber die Politik Frankreichs und aus der Nichterfüllung des Versailler Vertrages den Todesstreich zu ziehen, beruht im deutschen Volke endlich eine einmütige Meinung. Ob der doppelte Vorschlag in London Anfang März das mehrwöchige Verharren in abwartender Haltung und dann der Bescheidungsbericht vom 20. April eine gute oder auch nur eine von klaren Gedanken befreite Politik gewesen ist, darüber wird sich das deutsche Reichsparlament nach wenigen Tagen klar werden müssen. Da dann doch nicht mehr zu verberben ist, wird Dr. Simons ohne die in den letzten Wochen gewohnte ängstliche Discretion seine Meinung äußern können.

Simons-Krise?

Die Note an Amerika hat in Kreisen der Deutschen Volkspartei Widerstände gegen den Minister des Auswärtigen, auf dessen Vorschlag der Schritt zurückgeht, hervorgerufen. In Anbetracht der Tatsache, daß auch die Arbeiterpartei seit einiger Zeit scharfe Kritik an Dr. Simons übt, langt man an, von einer Simons-Krise zu sprechen. Daß der Minister des Auswärtigen nicht an seinem Amte steht, hat er nicht nur in seiner ministeriellen Stellung, sondern auch schon selber bemerkt. Und unter diesen Umständen wäre es möglich, daß er selbst gern bereit wäre, den maßgeblich nicht angenehmen Platz, den er einnimmt, zu räumen. Solchen Vermutungen steht aber die Tatsache entgegen, daß das gesamte Kabinett die amerikanische Note begrüßt hat. Es wäre deshalb das Selbstverständliche, daß dann das Kabinett überhaupt zurücktritt. Eine solche Krise im gegenwärtigen Augenblick muß unter allen Umständen vermieden werden. Ob wir sie im Mai vermeiden werden, steht noch dahin. Gegenwärtig aber an einen Wechsel im Außenministerium zu denken, würde politisch außerordentlich unglücklich sein.

Die Besprechungen der Regierung mit den Parteien.

Ueber die Freitagsabende des Reichstages berichtet das Berliner Tageblatt: Während in den Kreisen aller Parteien die Meinungen über die Nachfolge der amerikanischen Vermittlung geteilt waren, sah man im Reichstagsgebäude die Besprechungen nicht abhalten. Es verriet sich, daß die Regierung heute, insbesondere wegen der Vorschläge in der Reparationsfrage dem amerikanischen Präsidenten übermitteln wird. Abgeschlossen wurden die Besprechungen darüber im Reichstagsgebäude noch nicht, obwohl die Sitzung am 29. April abends beginnt. Am 29. April abends vernehmen wir die Vorschläge beim Reichstagsklub. Am 29. April abends wird ein Bericht des Ministers Dr. Simons entgegenzunehmen und sich zu den in Aussicht genommenen Vorschlägen zu äußern. Die Parteien können dabei zu Worte. Diese Besprechungen sind bis in die ersten Nachmittage hin. Soweit die Besprechungen nicht, entgegen anderen Leistungen nachgehen, keine der Parteien werden es in diesem Augenblicke auf

Eine Erklärung des Ministers Simons im Reichstage.

mit. Berlin, 22. April. Am Regierungstische sämtliche Kabinettsmitglieder. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung erst um 2 1/2 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht

Minister des Auswärtigen Dr. Simons

eine kurze Mitteilung. Nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die Reichsregierung ununterbrochen Schritte getan, um eine neue Basis für Unterhandlungen mit den Alliierten zu finden. Die Aussicht bei, mit den Alliierten diejenigen Fragen zu lösen, die allein für eine wirklich geistliche Lösung der Reparationsfrage in Betracht kommen. Das war nach der Meinung der sämtlichen Parteien des Reichstages die Frage des Wiederanbahnens. Infolgedessen wurde alsbald mit dem Wiederaufbauministerium ein Plan für die technische Durchführung des Problems bearbeitet. Das Ergebnis der Arbeit werden Sie in der Note finden, die an die Reparationskommission abgeschickt worden ist und die verschiedene Systeme des Wiederanbahnens zur Auswahl gibt, von denen der eine, der ausführlichste, den Vorschlägen entspricht, die die deutschen Gewerkschaften angebracht haben. Das zweite Problem war die Beschaffung der Zahlungsmittel, die von Deutschland erfordere werden, um den Reparationsansprüchen auf finanziellen Gebiete zu begegnen. Da Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit aus äußerer Beschränkung ist, so mußte nach Auffassung der Reichsregierung das Hauptanliegen gerichtet werden auf Schaffung der nötigen Unterlagen für den Plan einer internationalen Anleihe, aus der größere Summen den Alliierten zur Verfügung gestellt werden könnten und wobei Deutschland die Organisation und Tilgung der Anleihe zu übernehmen hätte. Auf der Basis dieser Unterlegung hat dann die Reichsregierung Fälligkeit zu nehmen gesucht mit den Gewerkschaften, um wieder zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Alle diese Versuche sind aber gescheitert.

Wir haben bei Versuchen, wieder zu einer Fälligkeit mit den Alliierten zu kommen, auch und sogar in erster Linie an eine Vermittlung Amerikas gedacht und zwar deswegen, weil Amerika an der ganzen Frage der Lösung der Friedensprobleme durch seine Teilnahme am Krieg, durch seine entscheidende Einwirkung auf den Ausgang des Krieges und dadurch beteiligt ist, daß es von allen Mächten die einzige ist, deren Sanktionskraft sie in die Lage versetzt, Befehlsmäßig zur Lösung der Reparationsfrage zu tun. Auf dem gewöhnlichen Wege der diplomatischen Vermittlung war ein beratendes Gremium nicht an die amerikanische Regierung heranzubringen. Es bedurfte vielmehr ungewöhnlicher Mittel. In dieser Lage hat sich die Reichsregierung entschlossen, an die amerikanische Regierung diejenige Note zu richten, die durch die Presse bekanntgegeben worden ist. Die Note ging hinaus auf das unbedingte Angebot der Übernahme der schiedsrichterlichen Entscheidung in der Frage der Reparationen, auf Grund einer eingehenden Prüfung, damit wir Amerika in die Lage versetzt, ein Schiedsrichteramt einzusetzen, bei dem Deutschland Befreiung erhalten hätte, alle ihm günstigen Argumente vorzubringen. Die amerikanische Regierung hat dieses Angebot der deutschen

eine Kabinettsliste entnommen lassen, da dadurch die Stellung Deutschlands außerordentlich geschwächt würde. Nach die deutsche Volkspartei stimmt, obwohl der rechte Flügel augenscheinlich anderer Ansicht war, eine gemäßigten Haltung gegenüber dem Vermittlungsvorschlag ein.

Die deutschen Vorschläge.

Die am heutigen Sonnabend der Reparationskommission eingehenden deutschen Vorschläge lauten, nach den Informationen des „Berl. Tagebl.“, auf eine Summierte Erstattung deutscher Substantivminder hinaus, die die Wiederaufbauarbeiten in enger Verbindung mit den französischen Großunternehmen ausführen sollen. Die Geschäfte selbst sollen der deutschen Regierung ihre Wünsche unterbreiten können.

Ein falsches Gerücht.

Die auch in den Preussischen Landtag gelangten Gerüchte, daß bei der Reichsregierung ein Ultimatum eingelegt sei, das die Annahme der Pariser Vorschläge innerhalb 24 Stunden verlange, entbehren jeder Grundlage.

Versprechungen zur Antwort Amerikas.

Die Deutsche Wg. Jg. begrüßt die Bereitwilligkeit des Präsidenten Harding, gezielte deutsche Vorschläge den Entente-Mächten zu unterbreiten, als einen Schritt vorwärts. Es hat auf alle Fälle sehr wesentlich, daß die Vereinigten Staaten überhaupt wieder größeres Interesse an der Entschädigungsfrage gewonnen hätten und sich wenigstens insofern an ihrer Lösung zu beteiligen gedächten, als sie sich damit befassen wollten, neue Besprechungen zwischen Deutschland und den Alliierten in Fluss zu bringen.

Das „B.“ schreibt: In dem sich Harding bereit zeigt, unter gewissen Voraussetzungen vermittelnd einzutreten, gibt er einen neuen Beweis dafür, daß er das Wohl der Allgemeinheit will und insbesonders die Bedeutung erkennt, die eine Regelung der Entschädigungsfrage für die ganze Welt haben muß.

Nach der „Germania“ betont die Antwortnote Harding das große Interesse der Vereinigten Staaten an der Regelung der Wiedergutmachungsfrage, die ohne die Mitwirkung des großen Gläubigers der Entente letzten Endes überhaupt keine Lösung finden könne. Aus diesem Grunde nimmt das Blatt an, daß der amerikanische Vermittlungsversuch, wenn er zustandekommt, einer Annahme gewiß sein könne.

Die amerikanische Presse.

Aus New York wird gemeldet: Die Note an Harding und die Antwort Harding an Deutschland wird in der Presse lebhaft besprochen. Der allgemeine Eindruck ist, daß Amerika nicht endgültig abgesehen hat. Bemerkenswert war an der Freitagabende die feste Haltung der Marx; es bestand rege Nachfrage, sobald sich die Notierung erheblich höher stellte als am Donnerstag.

Eine englische Stimme.

Die Presse veröffentlicht den Appell Deutschlands an den Präsidenten Harding in der Reparationsfrage. Dieser nimmt nur „Daily Express“ dazu Stellung. Das Blatt begrüßt den Appell als einen sehr erhabenen Schritt Deutschlands im letzten Augenblicke. Darüber, daß Deutschland zahlen müsse, herrsche unter den Alliierten Uebereinstimmung. Eine Verschleppung der Angelegenheit bedeute nur über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der betreffenden Maßnahmen. Die französische Politik sei einfach; sie bedeute Druck durch Bestrafung. Der Wiederaufbau Europas und die Fortuna

den Regierung nicht angenommen. Heute Mittag hat mir der Vertreter der amerikanischen Regierung ein Memorandum überreicht, das folgendermaßen in der Uebersetzung lautet:

Die amerikanische Regierung konnte nicht dazwischenwilligen, daß sie als Schiedsrichter die Regelung übernimmt. Durchführungen in diesem Sinne der aufgeworfenen Fragen in ihrer Bedeutung für die ganze Welt, ist die Regierung der Vereinigten Staaten selbst hart an der baldigen und gerechten Lösung der Frage interessiert. Die amerikanische Regierung wünscht dringend eine sofortige Wiederannahme der Verhandlungen und gibt wiederholt ihrer ernstlichen Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung schon solche Vorschläge formulieren wird, die eine geeignete Grundlage zur Verhandlung bieten. Sollte die deutsche Regierung solchen Weg einschlagen, so wird die amerikanische Regierung in Ermüdung stehen, die Angelegenheit der Nummer 1000 bei der alliierten Regierungen zu empfehlen in einer für sie annehmbaren Weise, damit die Verhandlungen alsbald wieder aufgenommen werden.

Damit ist die Vermittlung als Schiedsrichter abgelehnt, als Vermittlung in gewöhnlichem Sinne angenommen mit der Modifikation, daß Deutschland der amerikanischen Regierung Vorschläge unterbreite, welche die amerikanische Regierung als Grundlage für geeignete hält. Es muß nun unmittelbar in Ermüdung darüber eingetreten werden, wie die Vorschläge der deutschen Regierung ausgehalten sind und über diese Frage wird sich zunächst die Regierung selbst schlüssig zu machen haben. Mit Rücksicht darauf, daß die Note der Amerikaner erst heute Mittag in die Hände des deutschen Außenministers gekommen ist, wird die Kabinettsitzung erst heute Nachmittag stattfinden, und die Regierung wird erst morgen in der Lage sein, dem hohen Hause über die Gesamtheit ihrer Politik in der Reparationsfrage Rede und Antwort zu geben. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß sie in der Formulierung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen muß, was das deutsche Volk für Reparationszwecke leisten kann (Marx). Es ist wohl mehr der Fall, als wir leider bei Beurteilung unserer Lage seit das ganze Ausland gegen uns haben. Diese Ueberzeugung muß unter allen Umständen allmählich aus der Welt verschwinden, nicht dadurch, daß wir nunmehr Versprechungen machen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch, daß wir dem Ausland vollständig klaren Wein über unsere Lage eintrinken. (Marx und ironische Zwischenruf S. 2. Sp.)

Präsident Ebert: Im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten schlage ich dem Hause vor, heute die Beratungen abbrechen und sowohl dem Kabinett als den Fraktionen die Möglichkeit einer Besprechung der bisher unternommenen Schritte zu geben.

Nächste Sitzung Sonnabend 8 Uhr. Entgegennahme einer weiteren Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik. Schluß 2 1/2 Uhr.

vor dem Chaos, der Verarmung und Unruhen würden dadurch nicht erreicht, daß gutes Geld schlechtem Gelde nachgeworfen werde.

Die Beratung über die Sanktionen.

Die Konferenz im Ministerium des Auswärtigen in Paris unter dem Vorsitz von Briand beriet am Freitag über die Schlussfolgerungen der Sachverständigen bezüglich der gegen Deutschland zu erlassenden Sanktionen. Der Konferenz wohnten u. a. bei Mariscal Foch, General Weigand, die Minister Doumer, Loucheur und Doucet. Ueber den Plan der Ausbeutung des Ruhrgebietes, der am Donnerstag aufgestellt worden ist, erzählt die Agence Tournier folgende: Die Berichte der Sachverständigen schätzen, daß die monatliche Produktion des Ruhrgebietes durchschnittlich 9 Millionen Tonnen beträgt, die in folgender Weise verteilt würden: 2 Millionen Tonnen für die Entente, 1 Million für die Neutralen, 1 Million für den Betrieb der Ruhrbergwerke, 2 1/2 Millionen Tonnen für das übrige Deutschland. Loucheur und Troquet haben gemeinsam einen Plan aufgestellt, um eine elastische Organisation herzustellen, die sich allen Umständen und allen Möglichkeiten anpassen vermag. Beginn weiterer Besprechungen.

Marxheim a. d. R. Die Vorstadt und die Eisenbahn ist von den alliierten Truppen besetzt worden. Im ganzen besetzten Gebiet ist die Grube für Polizeianghörige gegenüber den Offizieren der Besatzung eingekerkert.

Keine scheidende militärische Sanktion.

Das tschechische Pressebüro dementiert offiziell die Nachricht, daß sich die tschechische Armee an der Ausführung militärischer Sanktionen gegen Deutschland beteiligen werde. Die Nachricht über den geplanten Einmarsch tschechischer Truppen in Sachsen, Preußen, Oberschlesien und Oesterreich seien eine reine Fiktion.

Die Welt als Schuldner Amerikas.

Der Korrespondent der „Daily Mail“ meldet, daß die übrigen Staaten der Welt den Vereinigten Staaten gegenüber 4500 Millionen Pfund schulden. Aus dem nicht erlöschenden Bericht der Republik geht hervor, daß 750 Millionen Pfund Gold in Amerika aufgeschafft sind.

Erklärung des Ministerpräsidenten Stegerwald.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages gab Ministerpräsident Stegerwald eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Was das Gebiet der inneren Politik anlangt, so steht die Regierung einmütig auf dem Boden der Reichs- und preussischen Verfassung. Sie ist entschlossen, die vom Volke sich selbst gegebenen Grundgesetze unverrückend mit allen staatlichen Mitteln zu verteidigen. An der vom Reich betriebenen Justizreform wird Preußen nach Kräften mitarbeiten. Die Aufrechterhaltung eines gesunden unabhängigen Mittelstandes ist notwendiger denn je. Die Ernährung der Bevölkerung muß unter allen Umständen gesichert werden. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß ein Wiederaufstieg Preußens nur durch eine großzügige innere Kolonisation zu erreichen ist. Die Grundschule wird planmäßig ausgebaut. In Ausführung der Reichsverfassung wird das Verhältnis zwischen den Staats- und Religionsgesellschaften neu zu regeln sein. Die überaus schwierige Lage der preussischen Staatsfinanzen erfordert äußerste Sparsamkeit, mögliche Vereinfachung der staatlichen Verwaltung und Betrieb aller Zweige. Eine der allerersten Aufgaben des

den Schwestern entgegenwanden. ...

Und wenn der Schismen nicht wäre, die im Norden, dem die Deutschen im Jahr 1806 ...

Es kann das Wohl der deutschen Völker ...

Wer auch in diesen Tagen der Not ...

Staat? Kunde auch die Romantik ...

Endlich aber hoffen die weislichen ...

Aber ihre Stimmen waren zu schwach ...

Wollte man überhaupt die Souveränität ...

Ein Volk noch erlangen ...

Wohl und mehr ...

Im Jahre 1840 ...

Deutschland, die ich geliebter ...

So wählte der nationale ...

Wollte man überhaupt die Souveränität ...

Ein Volk noch erlangen ...

Wohl und mehr ...

Im Jahre 1840 ...

Deutschland, die ich geliebter ...

So wählte der nationale ...

Wollte man überhaupt die Souveränität ...

So wählte der nationale ...